Welt zu fördern, das Bewusstsein für das reiche Erbe der unterschiedlichen Kulturen zu schärfen und eine bessere Würdigung der den verschiedenen Kulturen innewohnenden Werte zu erreichen, um so zu einer Stärkung des Weltfriedens beizutragen,

in dem Bewusstsein der bedeutenden Dimension und Rolle des Tourismus als positives Instrument zur Minderung der Armut und zur Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen, seines Potenzials, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung insbesondere der Entwicklungsländer beizutragen, und seiner neuen Funktion als treibende Kraft für die Förderung der internationalen Verständigung, des Friedens und des Wohlstands,

- nimmt mit Interesse Kenntnis von dem auf der drei-1. zehnten Tagung der Generalversammlung der Weltorganisation für Tourismus verabschiedeten Globalen Ethikkodex für den Tourismus²²⁸, der Grundsätze enthält, die als Leitlinie für die Tourismusentwicklung und als Bezugsrahmen für die verschiedenen Interessengruppen im Tourismussektor dienen, mit dem Ziel, die nachteiligen Auswirkungen des Tourismus auf die Umwelt und das Kulturerbe möglichst gering zu halten und gleichzeitig im Hinblick auf die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und der Armutsminderung sowie die Verständigung zwischen den Nationen möglichst große Vorteile aus dem Tourismus zu ziehen;
- hebt die Notwendigkeit hervor, einen verantwortungsbewussten und nachhaltigen Tourismus zu fördern, der allen Bereichen der Gesellschaft zugute kommen könnte;
- bittet die Regierungen und die sonstigen Interessengruppen im Tourismussektor, gegebenenfalls die Übernahme der Inhalte des Globalen Ethikkodex für den Tourismus in die einschlägigen Gesetze, Vorschriften und Standesregeln zu prüfen, und erkennt in diesem Zusammenhang mit Dank die Anstrengungen und Maßnahmen an, die einige Staaten bereits durchführen:
- legt der Weltorganisation für Tourismus nahe, eine wirksame Weiterverfolgung des Globalen Ethikkodex für den Tourismus unter Einbeziehung der maßgeblichen Interessengruppen im Tourismussektor zu fördern;
- ersucht den Generalsekretär, die mit der Durchführung dieser Resolution zusammenhängenden Entwicklungen auf der Grundlage der Berichte der Weltorganisation für Tourismus weiterzuverfolgen und der Generalversammlung auf ihrer neunundfünfzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

RESOLUTION 56/213

Verabschiedet auf der 90. Plenarsitzung am 21. Dezember 2001, ohne Abstimmung, auf Empfehlung des Ausschusses (A/56/571, Ziffer 23)229.

56/213. Öffentliche Verwaltung und Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 50/225 vom 19. April 1996 über öffentliche Verwaltung und Entwicklung, die auf der wiederaufgenommenen fünfzigsten Tagung verabschiedet wurde,

in der Erkenntnis, dass einer effizienten, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung auf nationaler wie internationaler Ebene eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der wichtigsten Ziele der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen²³⁰ zukommt.

- begrüßt die Einrichtung des Online-Netzwerks der Vereinten Nationen für öffentliche Verwaltung als leistungsfähiges Instrument, das den Mitgliedstaaten für den Informationsund Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung steht;
- empfiehlt die Ausweitung des Netzwerks, um die einzelstaatlichen Ministerien und Institutionen der öffentlichen Verwaltung besser zu befähigen, auf Informationen, Erfahrungen und Verfahrensweisen auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung zuzugreifen und Online-Schulung zu erhalten;
- ersucht den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten, insbesondere die Entwicklungs- und Übergangsländer, weiterhin auf Antrag bei ihrem Reformprozess zu unterstützen, indem nach Bedarf die Weitergabe von Informationen und der Erfahrungsaustausch gefördert werden, indem der Aufbau unabdingbarer Kapazitäten und Qualifikationen unterstützt, Hilfe bei der Schaffung von Institutionen gewährt und die Koordinierung der Entwicklungshilfe in diesem Bereich verbessert wird;
- 4. ersucht den Generalsekretär außerdem, die Möglichkeit zu untersuchen, für den Bereich der Reform der öffentlichen Verwaltung zuständige hochrangige politische Entscheidungsträger regelmäßig unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zusammenzubringen, um Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern und wertvolle Erfahrungen und Verfahrensweisen auszutauschen, und der Generalversammlung auf ihrer siebenundfünfzigsten Tagung über die Ergebnisse dieser Untersuchung Bericht zu erstatten;
- ersucht den Generalsekretär ferner, die diesbezüglichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten ständig zu beobachten und Veränderungen und Trends sowie Erfolge in diesem Bereich unter besonderer Betonung der Rolle der öffentlichen Verwaltung bei der Verwirklichung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen²³⁰ hervorzuheben und seine Erkenntnisse in einem Bericht zusammenzufassen, der der Generalversammlung auf ihrer siebenundfünfzigsten Tagung über den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen ist.

²²⁸ Siehe E/2001/61, Anlage.

²²⁹ Der in dem Bericht empfohlene Resolutionsentwurf wurde von der Islamischen Republik Iran (im Namen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die Mitglieder der Gruppe der 77 sind, sowie Chinas) im Ausschuss eingebracht.

²³⁰ Siehe Resolution 55/2.